

Bericht des Gemeinderats

Postulat Tabea Rai/Eva Gammenthaler (AL)/Katharina Altas (SP)/Zora Schneider (PdA)/Mohamed Abdirahim (JUSO)/Simone Machado (Gap): Die Stadt Bern wird «Sicherer Hafen» (2020.SR.000344)

In der Stadtratssitzung vom 16. März 2023 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden – einen «Sicheren Hafen». Die Stadt Bern hat sich bereits in der Vergangenheit durch verschiedene Aktionen, das Überweisen von etlichen Vorstössen und durch öffentliche Solidaritätsbekundungen klar positioniert und ihren Standpunkt in Bezug auf eine menschenwürdige Unterbringung von Schutzsuchenden deutlich gemacht. Wir sind der festen Überzeugung, dass dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, die kommunale Politik tätig werden muss. Die Situation verschärft sich durch die kalte Jahreszeit und Covid-19-Ausbrüche in verschiedenen Camps. Es ist an der Zeit, dass sofort gehandelt wird. Wir können nicht verantworten, dass an den Grenzen Europas die Menschenrechte missachtet werden. Wir müssen unsere Verantwortung als Land, aber auch als Stadt sofort wahrnehmen. Aus diesem Grund ersuchen wir den Gemeinderat, die Stadt Bern zu einem «Sicheren Hafen» zu erklären.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Umsetzbarkeit folgender Massnahmen zu prüfen, die eine Gemeinde zum «Sicheren Hafen» macht:

1. sich mit Menschen auf der Flucht solidarisch zu erklären,
2. die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteter Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherzustellen,
3. Die Stadt Bern erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Das wird im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Departement des Innern und dem Staatssekretariat für Migration umgesetzt,
4. sich gegenüber dem Bund für die Einrichtung neuer oder die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einzusetzen und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze anzubieten,
5. für ein langfristiges Ankommen zu sorgen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine angemessene Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden,
6. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu positionieren und sich auf politischer Ebene für eine staatliche Seenotrettung einzusetzen,
7. die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff SEAEye zu übernehmen bzw. sich daran zu beteiligen,
8. sich auf regionaler, nationaler und länderübergreifender Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einzusetzen,
9. sich für ein Bündnis aller «Sicheren Häfen» in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik einzusetzen,
10. alle unternommenen Handlungen zeitnah und fortlaufend öffentlich zu kommunizieren, mit denen Bern zeigt, ein Sicherer Hafen zu sein.

Begründung der Dinglichkeit

Jeden Tag sterben Menschen im Mittelmeer, gleichzeitig werden NGOs bei der Seenotrettung behindert und müssen teilweise wochenlang mit geflüchteten Menschen an Bord vor den Küsten Eu-

ropas warten. Die Schweiz verfügt über die nötige Erfahrung und Infrastruktur, um vulnerable Personen aufzunehmen und deren Asylantrag zu prüfen. Um das weitere Sterben tausender Menschen zu verhindern, ist ein schnelles Handeln unabdingbar. Neben der katastrophalen humanitären Lage in vielen Flüchtlings-Camps, kommt die kalte Jahreszeit und die Covid-19-Pandemie dazu. Daher muss unverzüglich gehandelt werden.

Dieser Vorstoss wurde in Zusammenarbeit mit der SEEBRÜCKE Schweiz verfasst.

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarischaktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der Verfasser_innen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die Urheber_innen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 05. November 2020

Erstunterzeichnende: Tabea Rai, Eva Gammenthaler, Katharina Altas, Zora Schneider, Mohamed Abdirahim, Simone Machado

Mitunterzeichnende: Rafael Egloff, Fuat Köçer, Laura Binz, Marieke Kruit, Nora Krummen, Michael Sutter, Ueli Fuchs, Szabolcs Mihalyi, Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi, Patrizia Mordini, Diego Bigger, Ayse Turgul, Johannes Wartenweiler, Ingrid Kissling-Näf, Edith Siegenthaler

Bericht des Gemeinderats

Mit dem Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, die Umsetzbarkeit verschiedener Schritte zu prüfen, damit die Stadt Bern zum «Sicheren Hafen» für geflüchtete Menschen wird. Zusammenfassend soll sie durch die im Postulat formulierten Massnahmen die Situation und Perspektive von Menschen auf der Flucht, die namentlich aus Seenot gerettet wurden und in ausländischen Camps verweilen, verbessern und generell die Aktivitäten der Seenotrettung für Menschen auf der Flucht unterstützen.

Der Gemeinderat steht den Forderungen im vorliegenden Postulat positiv gegenüber. Das Asylrecht liegt im Kompetenzbereich des Bundes. Die Stadt Bern engagiert sich jedoch im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür, die Situation von Menschen auf der Flucht zu verbessern und zusätzlich zum definierten Soll Geflüchtete aufzunehmen. Der Gemeinderat hat sich dafür mehrfach sowohl direkt als auch im Rahmen der Städteinitiative Sozialpolitik zusammen mit anderen schweizerischen Städten beim Bund eingesetzt. Im April 2020 haben die acht grössten Schweizer Städte, inklusive Bern, im Rahmen des sogenannten «Osterappells» ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, Geflüchtete über die bestehenden Verpflichtungen hinaus aufzunehmen. Um diesem gemeinsamen Anliegen Nachdruck zu verleihen, haben sich die Städte zur Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» zusammengeschlossen. Obwohl diese Städte bereit sind, zusätzliche geflüchtete Menschen unterzubringen und zu betreuen, ist der Bundesrat bis anhin leider nicht auf dieses Angebot eingegangen. In Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Migration nahm die Stadt Bern im Jahr 2021 zumindest vorübergehend zusätzlich Resettlement-Flüchtlinge über den kantonalen Verteilschlüssel hinaus auf und beherbergte sie in der Stadt Bern.

Die Forderungen des Postulats decken sich inhaltlich mit den Forderungen der Organisation Seebrücke auf deren Website. Für die Organisation Seebrücke gehören gemäss Angaben auf ihrer Website folgende Anforderungen zu einem Sicheren Hafen:

- Öffentliche Solidaritätserklärung (vgl. Postulatsziffer 1)

- Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung (vgl. Postulatsziffern 6 und 7)
- Aufnahme von Menschen auf der Flucht (vgl. Postulatsziffern 3 und 4)
- Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten (vgl. Postulatsziffern 2 und 5)
- Vernetzung (vgl. Postulatsziffern 8 und 9)
- Transparenz (vgl. Postulatsziffer 10)

Nach Angaben auf der Website der Seebrücke kann sich grundsätzlich jede Stadt über einen Beschluss des entscheidungskompetenten Organs selbstständig zum Sicheren Hafen erklären und dokumentieren, welche Anforderungen sie bereits erfüllt. Die Seebrücke führt auf ihrer Website eine Liste der Gemeinden, die sich zu Sicheren Häfen erklärt haben. Die aufgeführten Städte erfüllen grossmehrheitlich 2 – 4 der Anforderungen. Bei der Erklärung zum Sicheren Hafen handelt es sich primär um einen Prozess, in dem die Städte öffentlich dokumentieren, welche Anforderungen sie umgesetzt haben bzw. umsetzen wollen.

Die Stadt Bern hat bereits mehrere der Anforderungen, die an einen Sicheren Hafen gestellt werden, umgesetzt. Der Gemeinderat hat daher die Direktion für Bildung, Soziales und Sport beauftragt, ein entsprechendes Geschäft mit der Solidaritätserklärung der Stadt Bern als Sicherer Hafen auszuarbeiten und ihm zum Beschluss vorzulegen. Die offizielle Erklärung der Stadt Bern als Sicherer Hafen soll damit einen weiteren Schritt im Engagement der Stadt Bern für sichere Fluchtwege und die Aufnahme von Geflüchteten darstellen.

Öffentliche Solidaritätserklärung (Ziffer 1)

Im Rahmen des genannten «Osterappells» haben die Städte der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen», zu der auch die Stadt Bern gehört, letztmals im April 2020 ihre Position und ihre Forderungen öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck gebracht. Die Allianz ist nach wie vor aktiv und steht in regelmässigem Austausch untereinander. Erneute Solidaritätserklärungen und Positionsbezüge in diesem Rahmen sind auch in Zukunft beabsichtigt. Der Gemeinderat wird gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Allianz prüfen, welche konkreten nächsten Schritte in der aktuellen Situation sinnvoll und mehrheitsfähig sind. Zudem soll auch im Rahmen der geplanten offiziellen Erklärung der Stadt Bern als Sicherer Hafen die Haltung der Stadt Bern durch entsprechende Kommunikationsmassnahmen zum Ausdruck gebracht werden.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung (Ziffer 6+7)

Im Rahmen der Debatte zum Budget 2024 hat Stadtrat für die Unterstützung der Seenotrettung im Jahr 2024 einen Betrag von Fr. 70 000.00 gesprochen. Die Stimmbevölkerung hat am 19. November 2023 dem städtischen Budget 2024 zugestimmt. Die Stadt wird auf diesem Weg ihre Möglichkeiten nutzen, konkrete Unterstützung zu leisten. Damit reagierte der Stadtrat darauf, dass sich die eigentlich für die Thematik zuständige Bundesebene seiner Ansicht nach der Problematik zu wenig stark annehme und vor der aktuellen Situation die Augen verschliesse.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht (Ziffer 3+4)

Die Erfahrungen der Stadt Bern bei der zusätzlichen Unterbringung von Resettlement-Flüchtlingen während der Pandemie im Herbst 2021 waren positiv. Während der ersten Wochen nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs hat die Stadt Bern zudem Bund und Kantone bei der Erstaufnahme entlastet. So ist es gelungen, die Schutzsuchenden rasch mit dem Wichtigsten zu versorgen. Basierend auf diesen Engagements will die Stadt auch künftig eng mit Bund und Kanton zusammenarbeiten, damit die Herausforderungen im Bereich Migration gut bewältigt werden können. Im Rahmen der geplanten offiziellen Erklärung der Stadt als Sicherer Hafen soll gegenüber den zuständigen Bundesstellen die Forderung nach einer Stärkung des Föderalismus im Asylbereich durch die Ermöglichung direkter Aufnahmen durch aufnahmewillige Gemeinden und Kantone erneuert werden. Ebenso soll die

Bereitschaft der Stadt Bern zur Direktaufnahme von aus Seenot geretteten Personen bekräftigt werden.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten (Ziffer 2+5)

Die Stadt Bern engagiert sich für die Teilhabe aller Personen, die in Bern leben. Sie bietet spezifische Integrations- und Informationsangebote für Migrantinnen und Migranten, für Personen aus dem Asylbereich sowie für alle, die Informationen zu den Themen Migration oder Anti-Rassismus suchen. Die Weiterentwicklung des Angebots und die Schaffung weiterer Angebote werden ständig geprüft. Durch ihre Rolle als regionale Partnerin für den Asyl- und Flüchtlingsbereich (NA-BE-Auftrag) hat sich die Stadt zudem zumindest auf operativer Ebene einen gewissen Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der Vorgaben von Bund und Kanton gesichert.

Vernetzung (Ziffern 8+9)

Mit der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» besteht bereits heute ein Vernetzungsgefäss zwischen verschiedenen interessierten Schweizer Gemeinden. Die Allianz ist mittlerweile auf 16 teilnehmende Städte und Gemeinden aus der Deutschschweiz und der Romandie angewachsen und wird von der Stadt Zürich koordiniert. Die Allianz soll auch künftig aktiv zur Vernetzung und Koordination der Stadt Bern mit den anderen Gemeinden genutzt werden. Aus Sicht des Gemeinderats soll der Fokus aktuell prioritär auf der nationalen Vernetzung liegen; da die Migrationspolitik in Bundeskompetenz liegt, kann hier am ehesten Wirkung erwartet werden.

Transparenz (Ziffer 10)

Um die Haltung und das Engagement der Stadt Bern im Bereich der Asylpolitik zu dokumentieren und sichtbar zu machen, werden auf der städtischen Webseite die Solidaritätserklärung der Stadt Bern als Sicherer Hafen und die umgesetzten Anforderungen dokumentiert.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Erklärung als Sicherer Hafen, die entsprechenden kommunikativen Begleitmassnahmen gegenüber der Öffentlichkeit und das Engagement gegenüber dem Bund können im Rahmen des bestehenden Budgets erfolgen. Die Kosten einer allfälligen Direktaufnahme von aus Seenot geretteten Personen hängen von den konkreten Umständen ab und sind aktuell nicht bezifferbar. Nach Auffassung des Gemeinderats muss der Bund die Kosten für eine solche Aufnahme abgelten, so wie dies bereits bei der Aufnahme der Resettlement-Flüchtlinge durch die Stadt Bern geschehen ist.

Bern, 10. Januar 2024

Der Gemeinderat